

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 203-2018
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2018.RRGR.569

Eingereicht am: 10.09.2018

Fraktionsvorstoss: Ja
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: FDP (Hegg, Lyss) (Sprecher/in)
FDP (Reinhard, Thun)
FDP (Zimmerli, Bern)
FDP (Haas, Bern)

Weitere Unterschriften: 11

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 22.11.2018

RRB-Nr.: vom
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert



Fürsorgepflicht für die Angestellten des Polizeicorps

Einmal mehr ist es im Bereich der Schützenmatte in der Nacht auf den Sonntag, 2. September 2018, zu Angriffen gegen Einsatzkräfte der Kantonspolizei Bern gekommen. Die Polizisten, zunächst eine normale Patrouille, wurden mehrfach mit gefährlichen Gegenständen wie Flaschen, Steinen und Eisenstangen beworfen, teils auch vom Dach der Reitschule aus. Drei Polizisten wurden verletzt, zwei davon mussten ins Spital gebracht werden.

Solche Ereignisse gehören mittlerweile offenbar zur Tagesordnung. Für die Polizei wird die Arbeit daher zunehmend zu einem beträchtlichen Gesundheitsrisiko und überschreitet das Mass dessen, was im Rahmen einer Erfüllung von Ordnungsaufgaben zumutbar ist.

Während die Stadt Bern bzw. der Gemeinderat der Stadt Bern die politische Verantwortung für die unbefriedigende Situation trägt, hat der Kanton Bern eine Fürsorgepflicht als Arbeitgeber für *seine* Polizeiangestellten.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welche Möglichkeiten bestehen, um im Rahmen des Ressourcenvertrags mit der Stadt Bern zusätzliche Auflagen festzulegen, mit dem Ziel, dass der Stadtberner Gemeinderat seine politische Verantwortung zum Schutze des Rechtsstaates und seiner Polizeiorgane besser wahrnimmt?

2. Welche Möglichkeiten des Kantons (inkl. Regierungsstatthalter) bestehen im Rahmen der Aufsicht über die Gemeinden, um den Gemeinderat der Stadt Bern anzuhalten, seinen Beitrag für die Befriedung der unzumutbaren Situation und zum Schutze der Polizistinnen und Polizisten zu leisten?

Begründung der Dringlichkeit: Die Arbeit für unsere Polizistinnen und Polizisten wird zunehmend unzumutbar. Es ist baldmöglichst Abhilfe zu schaffen.

Verteiler

- Grosser Rat